

# Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ



Gegen die Abwälzung der Krisenlasten wurde beim Alternativen 1. Mai in Linz demonstriert.

## Unsere Alternativen zur Sparpolitik des Stadtsenats

Der schon lange angekündigte Sparkurs ist seit der April-Gemeinderatssitzung auf Kurs. Die KPÖ lehnt diesen Kurs ab. Nur Reiche können sich ein schlank gespartes Linz leisten. Kürzungen nach der Methode Rasenmäher schaden mehr als sie bringen. Daher:

- Keine Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen
- Keine Kürzungen, sondern Ausbau der Leistungen des Aktivpasses
- Stadtwache auflösen
- Westring und Ostumfahrung stoppen
- Weihnachtsbeleuchtung soll die Wirtschaft selbst finanzieren
- Subventionen für Cityring kürzen
- Einführung einer Reichensteuer
- Gerechter Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Gemeinden



**Gerlinde Grün**  
KPÖ-Gemeinderätin  
[www.gemeinderaetin.at](http://www.gemeinderaetin.at)

### Hinter der Fassade

SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne wollen nicht bei ihren Klubförderungen sparen.

In populistischer Eintracht stellten die Stadtsenatsfraktionen im Gemeinderat einen Antrag auf eine zehnprozentige Einsparung bei der Parteienförderung, der auch einstimmig angenommen wurde. Der Zusatzan-

trag der KPÖ, auch die Klubförderung zu kürzen, traf dann schon auf weniger Gegenliebe.

Der Vorschlag der KPÖ, die so eingesparten 80.000 Euro der Kulturszene zur Verfügung zu stellen, wurde von allen Parteien abgelehnt. Die Sparzumutungen für die Kultur wollen sich die Stadtsenatsparteien also selbst nicht zumuten.

### **18 Milliarden Euro für die Hypo?**

Die Wahlallianz „EUROPA ANDERS – KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängige“ hat das Volksbegehren „Haftungsboykott - Kein Steuergeld für Banken“ gestartet. Wir bringen Meinungen dazu und was man mit den Hypo-Milliarden besser machen könnte.



**Thomas Lindmayer** Arbeiter, EUROPA ANDERS-Kandidat

Was könnten wir mit den 18 Milliarden machen, welche uns die Hypo kosten wird? Wir könnten einen Teil des rot-schwarz-blau-orangen Privatisierungswahnsinns rückgängig machen. Dann bräuchten wir uns nicht mit der Abwanderung von Betrieben auseinandersetzen.



**Karin Antlanger** Sozialpädagogin, Betriebsrätin von EXIT-sozial Linz, EUROPA ANDERS-Kandidatin

18 Milliarden Euro – damit könnten wir für 20 Jahre die gesamten Sozialausgaben des Landes OÖ finanzieren! Aber SPÖ und ÖVP kürzen die Ausgaben für sozial Bedürftige, Behinderte und alte Menschen zugunsten der Bankenrettung.



**Dietmar Dobretsberger** Psychotherapeut und bioenergetischer Analytiker

Statt es Spekulanten in den Rachen zu werfen sollte dieses Geld zur Gründung einer „Demokratischen Bank“ verwendet werden. Durch zinsenlose Finanzierung nachhaltiger, öffentlicher, am Gemeinwohl orientierter Projekte wären diese Milliarden für uns alle gut angelegt.

### **Ein soziales Europa geht nur anders**

Die SPÖ wirbt für ein soziales Europa und tut so, als wäre das bisher durch die Konservativen verhindert worden.

Aber die Sozialdemokratie regiert in 21 der 28 EU-Ländern allein oder in Koalitionen. Sie stellt 195 von 766 Abgeordneten im EU-Parlament und sieben von 28 Mitgliedern der EU-Kommission. Sie hat die unsoziale Politik voll mitzuverantworten.

Alle Grundsatzentscheidungen wie Bankenrettung und Austeritätsprogramme wurden von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen gemeinsam beschlossen.

#### **Mehr als ein Wahlslogan**

Die derzeitigen Grundregeln der EU erzwingen Sozialabbau und Privatisierung öffentlichen Eigentums, sie machen die Superreichen noch reicher und nützen den Banken und Konzernen.

Europa braucht soziale Regeln: Für Beschäftigung, Mindestlöhne und soziale Absicherung, einheitliche Steuersätze, Kapitalverkehrskontrollen, Schutz des öffentlichen Eigentums.



**Leo Furtlehner**  
Landessprecher der  
KPÖ-Oberösterreich

## Wer zahlt die Zeche?

Die Sanierung der Linzer Stadtfinanzen darf nicht auf Kosten des Sozialen und der Kultur gehen. Der in Linz eingeschlagene Sparkurs lässt nichts Gutes ahnen.



Das erste beschlossene Sparpaket bekommen neben den Kultur- und Sportvereinen auch die Studenten und Studentinnen ohne Linzer Hauptwohnsitz zu spüren. Sie bekommen auf Drängen der FPÖ und mit Zustimmung der SPÖ hinkünftig keinen Sozialpass mehr ausgestellt.

### Kindergarten-Essen teurer

Das ist erst der Auftakt zum großen Sparen. Laut Bürgermeister Luger stehen Parkgebühren für das Jahrmarktgelände, die nur mehr zweijährige Durchführung des Linz-Festes und Tarifierhöhungen beim Essen in den Kindereinrichtungen demnächst ins Haus.

### Drohen Privatisierungen?

Der größte Brocken ist natürlich die für Herbst angekündigte Magistratsreform. Damit sind auch Privatisierungen

städtischer Dienstleistungen zu befürchten. Die KPÖ warnte schon bei der letzten Budgetdebatte vor dem Einschwenken auf einen neoliberalen Sparkurs. Sparen ist kein wertfreier Vorgang. Es kommt immer darauf an, wer die Lasten zu tragen hat. Ein Sparpaket auf Kosten sozialer und kultureller Minderheiten gilt es zu verhindern.

### Was will die KPÖ?

- Keine Privatisierungen städtischer Dienstleistungen
- Keine Kürzungen, sondern Ausbau der Leistungen des Aktivpasses
- Absicherung der freien Szene
- Einen gerechten Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Gemeinden durch eine Reichensteuer
- Stadtwache auflösen
- Den Westring und die Ostumfahrung stoppen
- Die Weihnachtsbeleuchtung soll die Wirtschaft selbst finanzieren
- Subventionen für Cityring und Krone-Fest einsparen

### Tatort Rathaus

„Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht“ ist Leitlinie der Gemeinderatsarbeit der KPÖ. Mit Berichten über die Gemeinderatssitzungen, unserem monatlichen Newsletter und dem „Superroten Infoblatt“ informieren wir laufend über den „Tatort Rathaus“.

Information ist wichtig, kostet aber auch Geld. Daher freuen wir uns über Spenden für das Infoblatt auf das Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L. Danke!

## Spitze Splitter aus dem Gemeinderat

### Schwarzblau kontra Demokratie

Am Veto von ÖVP und FPÖ ist mangels erforderlicher Zweidrittel-Mehrheit ein Antrag gescheitert, dass auch einzelne GemeinderätInnen Anträge stellen können und nicht eine zweite Unterschrift brauchen. Die SPÖ hatte mit dem Antrag eine langjährige Forderung der KPÖ aufgegriffen.

### Stadtwache: Teuer und skandalös

Ein „profil“-Bericht zeigte Missstände bei der 1,3 Mio. Euro teuren Stadtwache auf. Darin ist von selbsternannten Bettlerjägern und Plakaten mit Hitler-Zitaten in Büros des „Ordnungsdienstes“ die Rede. Für die KPÖ Anlass für eine Anfrage an Bgm. Luger, die Antwort steht noch aus.

### Teure Dienstfahrzeuge

Fünf Dienstfahrzeuge stehen für die acht Stadtsenatsmitglieder und die Magistratsdirektorin bereit. 2013 wurden damit insgesamt 137.700 Kilometer zurückgelegt, die Kosten dafür betragen 458.283 Euro. Das teilte der Bürgermeister zu einer Anfrage von Gemeinderätin Gerlinde Grönn mit.

### Imagepflege auf Steuerkosten

Zu einer KPÖ-Anfrage teilte Bgm. Luger mit, dass das „Kopfverbot“ nur für Bund und Land gilt und es Stadtsenatsmitgliedern möglich ist, in städtischen Inseraten mit ihrem Bild zu werben. Einen freiwilligen Verzicht müsse „jeder für sich selber beantworten“.



## AK-Wahl 2014: Wahlerfolg des GLB

Bei der Arbeiterkammerwahl war der Gewerkschaftliche Linksblock erfolgreich und ist erstmals seit 1989 wieder in der AK-Vollversammlung vertreten.

Forderungen zu den krankmachenden Arbeitsbedingungen und niedrigen Einkommen im Widerspruch zu der für die Gesellschaft hohen Bedeutung der im Sozialbereich geleisteten Arbeit, die 30-Stundenwoche und ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde rückten im Wahlkampf in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

### Mut zum Widerspruch

Der GLB will, dass die AK ihren politischen Auftrag stärker wahrnimmt.

Anstelle sozialpartnerschaftlicher Mausechelen sollen die Forderungen direkt bei der Politik deponiert und offene Konfrontationen geführt werden.

Mehr Transparenz in den Diskursen, Einbeziehung der Mitglieder und ein offensiveres Eintreten für wichtige Forderungen sollen die AK für ihre Mitglieder wieder spürbar und erlebbar machen.



Thomas Erlach, Betriebsratsvorsitzender von EXIT-sozial und AK-Rat des GLB

## Europawahl am 25. Mai: Anders wählen!

Am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die KPÖ ruft auf, die Liste 9 EUROPA ANDERS zu wählen!

EUROPA ANDERS ist ein Wahlbündnis aus KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Parteiunabhängigen.

Das Wahlbündnis wurde Anfang März beim Gründungskonvent in Wien aus der Taufe gehoben. Die unterschiedlichen politischen Strömungen eint die Vorstellung, dass Europa anders werden muss. Anders im Sinne einer fortschrittlichen Veränderung und Entwicklung im

klaren Gegensatz zu einer reaktionären, rassistischen und nationalistischen EU-Ablehnung.

### Die linke Alternative

EUROPA ANDERS ist somit bei der EU-Wahl die einzige (linke) Alternative zum herrschenden EU-Block aus Liberalen, Grünen, Sozialdemokraten und Konservativen auf der einen Seite und den

(gleich durch vier antretende Parteien repräsentierten) rechten Kräften auf der anderen Seite.

Die Wahlallianz tritt ein für ein Europa der Menschen, statt der Banken und Konzerne. Statt die Finanzwirtschaft in ganz Europa zu retten, müssen soziale Leistungen ausgebaut und nicht abgebaut werden. Kurzum: Die EU muss sozialer, demokratischer und friedlicher werden. Folglich lautet auch das Motto von EUROPA ANDERS: Es muss anders werden, damit es gut wird!

Aktuell, Nummer 3, Mai 2014

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Stadt Linz

Offenlegung laut Mediengesetz: Laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei. Bundessprecher der KPÖ ist Dr. Mirko Messner. Laut Paragraph 25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ.



Antwortkarte (oder E-Mail an: [ooe@kpoe.at](mailto:ooe@kpoe.at)) Ja, ich bin interessiert, schick mir Infomaterial:

Folder  Kommunalprogramm  Gemeinderatsbilanz  Energiegrundsicherung

Broschüre  Burschenschaften  Februar 1934  Freifahrt  Henriette Haill

Probeexemplar  Volksstimme  Die Arbeit  Der Mieterschutz

Infos zur Europawahl

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei  
der Empfängerin  
einheben

ANTWORTSENDUNG

An die  
KPÖ-Linz  
Melicharstraße 8  
4020 Linz